Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 22 - Mainz, 21.11.2008

§ 208 LBG auf dem Prüfstand - keine Vorgaben

Derzeit kursieren im Land Mails, deren Inhalt allenthalben für Aufregung und entsprechende Nachfragen beim Hauptpersonalrat und der GdP sorgen.
Zum einen wird unter Berufung auf angebliche CDU-Quellen behauptet, die Regierung habe bereits festgelegt, wie die Lebensarbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten künftig geregelt werden soll. Zum anderen wird behauptet, der Ministerpräsident habe die Beamten mit seiner Zusicherung belogen, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen 2009 zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen werden.

Die GdP führte dazu ein Interview mit Innenminister Karl Peter Bruch, der gleichzeitig auch stellvertretender Ministerpräsident des Landes ist.

GdP: Herr Bruch, wir werden aktuell mit der Frage konfrontiert, ob die Regierung bereits Festlegungen zur Änderung des § 208 LBG, also der Vorschrift über die Lebensarbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten getroffen hat. Was ist da dran?

Bruch: Was dort rumgeschickt wird, ist völliger Unsinn. Es gibt keine Vorabfestlegung und kann auch keine geben. Die Polizeiabteilung ist beauftragt, die Evaluation des § 208 LBG durchzuführen. Der Entwurf des Erhebungsbogens wurde den Behörden und Einrichtungen und natürlich auch dem Hauptpersonalrat und den Berufsvertretungen zur Stellungnahme übersandt. Aktuell werden die Änderungswünsche ausgewertet.

GdP: Wann soll denn die Erhebung anlaufen?

Bruch: Geprüft werden soll der Zeitraum vom 1.1.2004 bis zum 31.12.2008. Die Behörden werden im Dezember beauftragt, die Fragen zu beantworten.

GdP: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat innerhalb der rheinland-pfälzischen Polizei für nachhaltigen Frust und Verärgerung geführt. Auch das damalige "Basta" und die Verweigerung jeglicher Verhandlungen wirken bis heute negativ in der Polizei nach. Viele befürchten, dass auch bei der anstehenden Evaluation alles nur schön geschrieben wird.

Bruch: Die GdP hat in ihrer Mitgliederzeitschrift "Deutsche Polizei" vom September 2008 über das Gespräch mit Staatssekretär Roger Lewentz berichtet. Es bleibt bei seinen Aussagen: Wir prüfen das Ergebnis der Behördenabfrage und werden danach mit dem Hauptpersonalrat und den Gewerkschaften reden. Erlauben Sie mir den Hinweis: Ein Zurück zur alten Regelung, also dem Pensionsalter 60 für alle, wird es nicht geben können. Dazu verweise ich auf die Diskussion um die allgemeine Erhöhung der Lebensarbeitszeiten, die ja auch heftig umstritten ist.

GdP: Von Ihnen als ehemaligem Kriminalbeamten hätten viele Kolleginnen und Kollegen mehr Verständnis für die Belastungen des Polizeidienstes erwartet.

Bruch: Bei allem Verständnis: Die Lebensarbeitszeit wird im Rentenrecht auf 67 angehoben - zugegebenermaßen mit langen Übergangzeiträumen. Auch da gibt es Menschen mit besonderen Belastungen, auch im Schichtdienst, auch mit berufsspezifischen Gefährdungen. Ministerpräsident Kurt Beck hatte ja bereits mit seinem Dachdecker-Beispiel darauf hingewiesen. Manchmal vermisse ich doch ein wenig den Blick für die allgemeine gesellschaftliche Realität. Ich will die ganze Diskussion hier nicht wiederholen. Aber es ist eine Tatsache, dass sich der Bevölkerungsaufbau in den nächsten Jahrzehnten sehr stark ändern wird. So weh das im Einzelnen auch tut - wir haben eine Gesamtverantwortung und ich kann nicht nur den Polizeibereich sehen.

GdP: Auch wir wollen die Diskussion nicht wiederholen. Aber wir weisen nochmals mit allem Nachdruck darauf hin, dass der Beruf des Polizisten eben nicht mit dem von "Finanzbeamten" vergleichbar ist, der lediglich eine andere Rechtsmaterie bearbeitet, wie 2003 in der Gesetzesbegründung zu lesen stand. Wir werden bei diesem Thema nicht lockerlassen und die Interessen unserer Mitglieder entschieden vertreten!

Bruch: Das erwarte ich auch von einer Gewerkschaft! Aber lassen Sie uns erst mal die Auswertung der Abfrage abschließen und danach evaluieren. Wir sind bereit zum Gespräch!

GdP: Werden die Erhebungsbögen der alleinige Maßstab für die Evaluation sein?

Bruch: Nein. Wir haben die Anregung der GdP aufgenommen und werden die zum Thema relevanten Fragen aus der Untersuchung "Betriebliche Gesundheitsförderung" einbeziehen. Deren Auswertung erfolgt nicht bei uns, sondern über die Unfallkasse in Andernach. Zusätzlich werden wir die Ergebnisse aus dem Versorgungsbericht des Finanzministers zu Rate ziehen.

GdP: Herr Bruch, ein anderes Thema: Steht die Landesregierung noch zu ihrer Zusage, das Tarifergebnis 2009 eins zu eins auf die Beamten zu übertragen?

Bruch: Uneingeschränkt: Ja! Der Entgelttarifvertrag läuft zum 31.12.2008 aus. Für 2009 wird neu verhandelt - aber das weiß die GdP sicher besser als ich. Angesichts der Wirtschaftslage werden das sicherlich für beide Seiten, Länder wie Gewerkschaften, keine einfachen Verhandlungen werden.

GdP: Herr Minister, wir danken Ihnen für das Gespräch.